

## Offene Fragen der Geschichte Band 6

### Chronik von 1944 bis 1945

"Operation Walküre",  
Morgenthau-Plan,  
Hitlers Vernichtungsstrategie,  
Fluchtkatastrophen 1944/1945,  
Stalins Liquidationspolitik,  
US-Direktive JCS 1067,  
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,  
Potsdamer Abkommen,  
Hiroshima und Nagasaki,  
Polonisierung Ostdeutschlands ...

### Band 6/031

### Chronik vom 20. November 1945 bis zum 21. Dezember 1945

#### 20.11.1945

**Berlin:** Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

**WBZ:** In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wird in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

#### **Ost-Mitteuropa: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa**

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben.

Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die

Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Dokumentation  
der Vertreibung der Deutschen  
aus Ost-Mitteleuropa I

Die Vertreibung der  
deutschen Bevölkerung  
aus den Gebieten  
östlich der Oder-Neiße  
Band 3



dtv reprint

*Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...*

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele Betroffene geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden ... zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in der Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter der gewaltsamen Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens (der Tschechoslowakei sowie Ungarn) gewissermaßen als ein Nebenereignis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind.

Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden. ...

Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer". Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahm, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

... Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im Zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereit finden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von Millionen Menschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche. Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können

...

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen. ...

... Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volkstumsgrenzen wiederherstellen wollte. ...

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätiger Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt; sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnissen, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerlässlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten.

Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden. Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auf Pommern und den Südtteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinz Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an.

Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Siedler. In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur 10 Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen.

Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in den Wohnungen oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als 2 Wochen nach Westen abgeschoben.

Ähnlich war es in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden. Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn das gegen ihren Willen geschah. ... Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben.

Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu ge-

winnen. Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. ...

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierete nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizionären und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

...

Russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig, und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechung bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die 3 Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle. Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse. Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten. ...

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenaustreibung verstimmte die Tschechen. ... Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

... Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstatio-

nen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorbereiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. ...

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-61E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden. Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist bis heute noch nicht möglich.

Ebensowenig geklärt ist, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungsartikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontrollkommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenausweisung der Deutschen treffe. ... Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalausweisung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, ... bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen. Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre.

Dazu kam noch, daß eine Totalaussiedlung der Volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.



... Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von dem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertesz, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst am Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten. Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen.

Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

### **21.11.1945**

**WBZ:** Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründet am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<

Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der

vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<  
Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinen, erklärt die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

**22.11.1945**

**WBZ:** Die britische Militärregierung veröffentlicht am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

**23.11.1945**

**WBZ:** US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) schreibt am 23. November 1945 (x111/107): >>... Es gibt keinen leichten Weg zur Demokratie. Die Deutschen müssen diesen Weg selber finden, und auch die Lotsen auf diesem Weg müssen Deutsche sein.<<

Erich Kästner berichtet am 23. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die deutschen Hauptkriegsverbrecher während des Prozesses in Nürnberg (x114/2.125): >>... Göring trägt eine lichtgraue Jacke mit goldenen Knöpfen. Es ist eine Art Chauffeurjacke übriggeblieben. ... Er ist schmaler geworden. Manchmal blickt er neugierig dahin, wo die Ankläger sitzen. Wenn er seinen Namen hört, merkt er auf. ... Meist ist er ruhig.

Rudolf Hess hat sich verändert. Es ist, als sei der Kopf halb so klein geworden. Dadurch wirken die schwarzen Augenbrauen geradezu unheimlich. Wenn er mit Göring und Ribbentrop spricht, stößt er ruckartig mit dem Kopf. Wie ein Vogel. Sein Lächeln wirkt unnatürlich. Sollte es in diesem Kopf nicht mehr richtig zugehen?

Joachim von Ribbentrop sieht aus wie ein alter Mann. Grausträhnig ist sein Haar geworden. Das Gesicht erscheint faltig und verwüstet. Er spricht wenig. ... Als ihn ein Polizist kurz aus dem Saal und dann wieder zurück bringt, bemerkt man, daß ihm auch das Gehen schwerfällt.

Auch Keitel ist etwas schmaler geworden. Er sitzt, in seiner tressenlosen Uniformjacke, grau mit grünem Kragen, ernst und ruhig da, Wie ein Forstmeister.

Hinter Göring und Hess sitzen Dönitz und Raeder, die beiden ehemaligen Großadmiräle. In blauen Jacketts. Das Gold ist verschwunden. Dönitz sieht verkniffen aus. Ruhig sind beide.

Baldur von Schirachs Gesicht ist bleich und bedrückt. Er wirkt wie ein schlecht vorbereiteter Abiturient im Examen. Daneben Sauckel, ein kleiner rundköpfiger Spießer. Mit einem Schnurbart unter der Nase, wie ihn sein Führer trug.<<

**25.11.1945**

**Berlin:** Der deutsche Schriftsteller Friedrich Wolf fordert am 25. November 1945 während einer Kundgebung des Kulturbundes politische Verantwortungs- und Widerstandsbereitschaft (x116/19,88): >>Meine Landsleute!

Gerade angesichts des großen "Nürnberger Prozesses" wurden hier und da Stimmen laut: "Wir wollen die ewige Schuldfrage nicht mehr hören! Wir stellen einfach das Radio ab und damit fertig!"

Ist das aber eine würdige Haltung, wenn wir wie Kinder uns die Decke über den Kopf ziehen; und nun ist die Umwelt für uns nicht mehr da? ...<<

>>... Durch die Höllenfahrt dieses Hitlerkrieges sind uns wie in einem grellen Feuerschein die Schuld, die Verantwortung und die Gefahren unseres Wesens klargeworden: unsere blinde Selbstgerechtigkeit, unsere verhängnisvolle Überheblichkeit, unser mangelnder Wahrheitsmut, die fehlende Zivilcourage, Selbsterkenntnis und Selbstkritik. ...

Nie wieder dieses feige Dabeistehen und Dulden von in Rassenhetze verkleideten Mördern! ... Nie wieder der preußische Feldwebelgeist. ... Nie wieder dieser verruchte Kadavergehorsam.<<

### **26.11.1945**

**Polen:** Die polnische Zeitung "Trybuna Dolnoslaska" ("Niederschlesische Tribüne") berichtet am 26. November 1945 über die Vertreibung der Niederschlesier (x024/141): >>... Das Problem mit den Deutschen ist für uns eine Frage um Sein oder Nichtsein in diesen Gebieten. Wir können und wir wollen nicht mit den Deutschen in einem Lande zusammenwohnen.

Die Gegenwart der Deutschen erschwert uns jeden Tag mehr die Organisation eines geordneten Wirtschaftslebens. Die in diesen Gebieten verbleibenden Deutschen sind eine gewaltige Last für unsere Versorgung, zugleich schaffen sie Wohnungsschwierigkeiten für die sich laufend vermehrende Zahl der Ansiedler. Wir wollen die Deutschen in diesen Gebieten nicht vor Gericht stellen, noch wollen wir ihnen den Grad ihrer Schuld an den Verbrechen Hitlers darlegen. Wir haben nur eine Antwort: Deutsche müssen diese Gebiete verlassen; wir wollen überhaupt kein deutsches Problem mehr haben.<<

**CSR:** Das tschechoslowakische Ministerium des Innern beschließt am 26. November 1945 einen Erlaß über die Aussiedlung von deutschen Antifaschisten in die SBZ (x004/346-347):

>>... Die russischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die Bereitschaft geäußert, eine größere Anzahl Personen deutscher Nationalität zu übernehmen, welche nachgewiesenermaßen antifaschistischer Gesinnung sind. ...

Das Innenministerium empfiehlt, dieser Aktion jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, so daß sie so schnell als möglich durchgeführt werden kann. ...

Die Aussiedlungsbewilligung ist nicht zu erteilen: ... Personen, welche in für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen beschäftigt sind, z.B. Spezialisten und Facharbeiter oder qualifizierte Kräfte. ...

Sie können ... ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums nicht mitnehmen: Gegenstände, deren Abgabe ... durch Kundmachung des Finanzministerium vom 22.6.1945 ... angeordnet worden ist. ...<<

### **28.11.1945**

**USA:** US-Außenminister Byrnes telegraphiert am 28. November 1945 an den nordamerikanischen Botschafter in Belgrad, daß die Vertreibungen der Jugoslawien-Deutschen eingestellt werden müssen (x028/225).

### **29.11.1945**

**Berlin:** US-General Joseph McNarney (1893-1972, 1945-47 Militärgouverneur) erklärt während einer Pressekonferenz am 29. November 1945 (x116/16): >>... Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden.

Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen. Wenn jemand behauptet, daß die Leistungsfähigkeit mancher Industrien und Ämter durch die Entfernung der Nazis und Nazi-Mitläufer leiden würde, dann erkläre ich: Kein Mensch ist unentbehrlich!<<

### **30.11.1945**

**WBZ:** In Bayern wird am 30. November 1945 die FDP gegründet.

**Schweden:** Etwa 2.500 deutsche Kriegsgefangene werden am 30. November 1945 an die Sowjetunion und rund 500 an die Briten ausgeliefert. Die rücksichtslose Übergabe der Internierten geht als "blutiger Freitag" in die schwedische Geschichte ein (x130/197).

**USA:** US-Außenminister Byrnes weist den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/-133): >>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

### **November 1945**

**WBZ:** Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelmann (1909-1985), berichtet über die chaotischen Verhältnisse und gewaltigen Probleme im November 1945, die im Verlauf der Vertreibungen der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa zu bewältigen sind (x024/180-182): >>Als die Vertriebenen mit Güterzügen in den westdeutschen Gemeinden ankamen, war die Lage nahezu unbeschreiblich. Es wurde uns gegen November 1945 mitgeteilt – allen deutschen provisorischen Verwaltungsstellen -, daß binnen Kürze Millionen Menschen kommen müßten. Sie würden in Zügen transportiert. Für den reinen Bahntransport übernahmen die Alliierten die Verantwortung. Das Übrige war unsere Angelegenheit. Unsere Angelegenheit - das ist ein milder Ausdruck, denn nichts war vorhanden.

Immerhin erfuhr ich in Nordbaden vom damaligen Landesbezirksdirektor und früheren Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, daß am nächsten Morgen der erste Zug mit 1.200 Personen in Karlsruhe am Güterbahnhof stehen würde. Die Personen seien sofort unterzubringen und zu versorgen.

Darüber hinaus sollte ich vormerken, daß in den nächsten 180 Tagen weitere 150 Züge mit je 1.200 Personen ankommen würden.

Also hieß es sofort Lager einrichten, die Lager ausstatten. Also Vorbereitungen zu treffen, um 200.000 Menschen in einem Gebiet auszunehmen, das selbst etwa eine Million Einwohner zählte.

Meine erste Frage: "Stehen Mittel zur Verfügung?"

"Nein."

"Ist irgendwelche Vorsorge getroffen?"

"Nein, das ist alles ihre Angelegenheit!" ...

Ich holte mir aus den verschiedensten Dienststellen Sekretariatspersonal. Bis zum Bleistift hinunter mußte alles organisiert werden. Schreibmaschinen waren natürlich nicht vorhanden. Ich baute nun eine höchst bescheidene – in heutiger Sicht erbärmliche – Verwaltung auf.

Am nächsten Morgen kamen 1.200 Personen in 48 Güterwagen auf dem Bahnhof an. Alle Altersgruppen, keine geschlossenen Familien, bunt zusammengewürfeltes, deutsches "Bevölkerungsgepäck" hätte ich beinahe gesagt, das irgendwo in der Tschechoslowakei zusammengetrieben worden war, zum Güterbahnhof gebracht wurde, in Waggons verladen, und ab ging die Reise nach Deutschland.

Die Alliierten, in unserem Falle die Amerikaner, hatten natürlich sofort einen Plan: Wohin gehen die Züge? Wo sind die Bahnhöfe? Wie ist der Übergang dann? Wo erfolgt er dort? Fin-

det dort eine Entlassung statt? Denn die Leute waren ja wochenlang in den schmutzigsten Verhältnissen irgendwo in der Tschechoslowakei oder in Ungarn oder in Jugoslawien untergebracht gewesen.

Alles das mußte geregelt werden. Es wurde geregelt mit Hilfe der deutschen freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen, die ich natürlich erst mobilisieren mußte.

Erstes allgemeines Erschrecken: "Das ist doch nicht möglich! Das ist doch unmenschlich!"

Ja, sicher war das unmenschlich, aber der ganze vorhergehende Zeitablauf war 12 Jahre lang unmenschlich gewesen, und hier waren die Konsequenzen zu tragen. Man kann sich das heute kaum noch vorstellen, mit welchem Entsetzen die Bevölkerung von dieser Welle, von der sie überrascht wurde, gepackt war.

Gott sei Dank war die allgemeine Erschütterung des bisher sozusagen geordneten Lebens so groß gewesen, daß jeder einsah:

Hier konnte kein Widerstand geleistet werden, hier mußte jeder nach bestem Vermögen einspringen. Es gelang aber, ein Chaos, ein absolutes Chaos zu verhindern, es gelang, Mord und Totschlag zu verhindern, denn diese Gefahr bestand ja. ...<<

**Ungarn:** Die ungarische Partei der "Kleinlandwirte" erreicht bei den Wahlen im November 1945 245 von 409 Sitzen, während die Kommunistische Partei nur 70 Sitze erhält (x061/511).

**Großbritannien:** Die Zeitschrift "Nineteenth Century and After" berichtet im November 1945 über die Vertreibung der Deutschen (x028/131): >>Ein Zug, der am 31.8. Berlin erreichte, war am 24. in Danzig abgefahren mit 325 Patienten und Waisen aus dem Marienkrankenhaus und dem Waisenhaus in der Weidnergasse. Sie waren in 5 Viehwagen zusammengepfertcht, auf dem nackten Boden ohne Stroh. Es gab weder Ärzte noch Schwestern oder Medikamente. Die einzige Nahrung erhielten die Waisen zu Beginn der Fahrt: 20 Kartoffeln und 2 Stück Brot. Die Patienten hatten nichts, doch von Zeit zu Zeit hielt der Zug, und die Mitfahrenden, die dazu noch imstande waren, versuchten, Nahrungsmittel aufzutreiben. ...

Zwischen 6 und 10 Patienten in jedem Wagen starben unterwegs. Die Leichen wurden einfach aus dem Zug geworfen. Als der Zug in Berlin ankam, wurden 65 Patienten und Waisen in das Robert-Koch-Krankenhaus gebracht, wo 9 von ihnen starben. Was aus den übrigen geworden ist, wissen wir nicht. ...

Ungefähr um die gleiche Zeit kam ein Transport mit sudetendeutschen Männern, Frauen und Kindern aus Troppau. Sie waren 18 Tage lang in offenen Viehwagen unterwegs gewesen. 2.400 Menschen hatten die Fahrt angetreten, 1.350 erreichten Berlin. Es sind also mehr als 1.000 unterwegs gestorben. ...<<

### **01.12.1945**

**WBZ:** In Freiburg/Bayern wird am 1. Dezember 1945 die "Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe" gegründet (x024/219): >>... Zum bisherigen Elend, das in den Städten und Notgebieten wahrlich drückend genug ist, kommt neues Elend, so grauenhaft, wie es die Welt kaum gesehen hat. Es ist das schreckliche Elend der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Osten unseres Vaterlandes. Tausende und Abertausende fluten über unsere bayerische Ostgrenze, völlig mittellos und brotlos, nur dürftig gekleidet, ziellos und planlos wandernd.<<

**CSR:** Die letzten nordamerikanischen Truppen verlassen am 1. Dezember 1945 das Sudetenland (x005/635).

### **02.12.1945**

**CSR:** Das Ministerium des Innern beschließt am 2. Dezember 1945 Richtlinien zur Durchführung der Arbeitspflicht von Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben (x004/282-287): >>... I. Die Verpflichtungen der zur Arbeit zugeteilten Personen: 1. ... Die zur Arbeit zugeteilten Personen sind verpflichtet, die ihnen auferlegten Arbeiten ordentlich und gewissenhaft zu verrichten und alles zu unterlassen, was das Erreichen des Zwecks in dem betreffenden Arbeitsbereich erschweren oder gefährden könnte.

Sie sind gehalten, die ihnen auferlegten Arbeiten an jedem beliebigen Orte zu leisten und verpflichtet, auch Arbeiten zu verrichten, die nicht zu ihrer normalen Beschäftigung gehören.

Die zur Arbeit zugeteilten Personen haben sich dem Arbeitgeber oder dem Leiter gegenüber anständig zu benehmen und seinen Anordnungen Folge zu leisten. Im gegenseitigen Verhältnis untereinander müssen sie korrekt sein und dürfen keine Streitigkeiten und Schlägereien hervorrufen.

Weiterhin sind diese Personen verantwortlich für sämtliche ihnen anvertrauten Gegenstände und Geräte und sind - abgesehen von einer eventuellen Bestrafung - zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet, wenn diese durch ihren Mutwillen oder durch ihre Fahrlässigkeit beschädigt wurden. Kann der Schuldige nicht ermittelt werden, so haftet für den entstandenen Schaden die ganze Arbeitsgruppe.

Die zur Arbeit zugeteilten Personen, gegebenenfalls ihre Familienangehörigen, müssen sich selbst, ihre Kleidung, ihre Geräte und ihre Unterkünfte in gehöriger Weise sauber halten.

2. Während der Sommerzeit (d.h. vom 1. April bis 30. September) stehen die zur Arbeit zugeteilten Personen um 5 Uhr auf, während der Winterzeit um 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen stets um eine Stunde später, und gehen während der Sommerzeit um 22 Uhr und während der Winterzeit um 21 Uhr schlafen - soweit der Arbeitgeber keine Abweichungen gestattet.

Die tägliche Arbeitszeit umfaßt 8 Stunden, kann jedoch bis auf 10 Stunden täglich ausgedehnt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeit ist grundsätzlich erlaubt. ...

Die Abendstunden nach der Arbeit sind dem Waschen, der Reinigung und der Instandsetzung der Kleidung, des Arbeitsgeräts und der Unterkunft sowie auch der Erholung vorbehalten. Es ist jedoch nicht gestattet, sich ohne Begleitung des Arbeitgebers oder seines Vertreters während der Nachtstunden oder während der Dämmerung außerhalb der zugewiesenen Unterkunft aufzuhalten. ...

5. Die Pflichten der in Internierungs- oder Arbeitslagern der Bezirksnationalausschüsse ... untergebrachten Personen und die Disziplinalgewalt über sie, werden in den einschlägigen Hausordnungen der Lager geregelt.

II. Die Verpflichtungen der Arbeitgeber:

1. Durch Zuteilung zur Arbeit darf der stetige Fortgang der Abschiebung ... über die Grenze in keinem Falle unterbrochen werden. Die Arbeitskräfte können nur zeitweilig zugeteilt werden, längstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem ihre Abschiebung eingeleitet wird. Sobald über die Abschiebung der zugeteilten Kräfte über die Grenze entschieden ist, muß sie der Arbeitgeber auf seine Kosten zu dem Bezirksamt für Arbeitsschutz nach den Weisungen der die Abschiebung durchführenden Organe bestimmten Ort befördern, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob durch die Abschiebung wirtschaftliche Schäden entstehen. ...

Den zur Arbeit zugeteilten Personen sowie ihren Familienangehörigen darf es nicht verwehrt werden, an den Arbeitsort die erforderliche Ausstattung (Kleider, Schuhe, Wäsche, Geschirr u.ä.) mitzunehmen, und zwar mindestens in dem für die Abschiebung über die Grenze festgesetzten Umfange.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, für eine angemessene Unterbringung, Verpflegung und Bewachung der zugeteilten Arbeitskräfte, gegebenenfalls auch ihrer Familien zu sorgen. ... Die zur Arbeit zugeteilten Personen gegebenenfalls auch die nichtarbeitenden Familienmitglieder sind in würdiger und menschlicher Weise zu behandeln. Personen, die sich gegen diese Anordnung vergehen, werden streng bestraft. Arbeitgebern, welche die bei der Zuteilung deutscher Arbeitskräfte übernommenen Verpflichtungen in irgendeiner Beziehung verletzen, werden die Arbeitskräfte entzogen und keine Ersatzarbeitskräfte mehr zugeteilt. ...

3. Von der Gesamtbruttovergütung ... führt der Arbeitgeber die Steuerabzüge und die Beiträge für die Sozialversicherung ab. ... Die restliche Vergütung wird ausgezahlt: den frei (außerhalb eines Lagers) lebenden Personen in die Hand, bei den im Lager lebenden Personen an die La-

gerverwaltung. ...

III. Aufhebung der Zuteilung zur Arbeit:

Zur Aufhebung einer Zuteilung zur Arbeit kommt es:

1. wenn die Person unfähig wird, die ihr auferlegte Arbeit zu leisten. ...
5. durch die Abschiebung,
6. durch den Tod. ...<<

### **03.12.1945**

**SBZ:** Durch den SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dezember 1945 wird Sabotage ein Tatbestand des Wirtschaftsstrafrechts (x009/376).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Bestrafung der "Sabotage" in der SBZ (x009/376): >>... Dieser Befehl war so unklar und verschwommen, daß es den Volksrichtern leicht fiel, im Bedarfsfall jeden Tatbestand unter dieses Strafgesetz fallen zu lassen. Es wurden nicht nur Gefängnisstrafen verhängt, vielmehr überwogen die auf Zuchthaus lautenden Urteile; verschiedentlich ergingen sogar Todesurteile.

Bloßer Ungehorsam gegen eine Verwaltungsanordnung konnte als Sabotage oder als Diversion schwer bestraft werden. Mit Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts im September 1955 wurde Sabotage als eine Boykotttätze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen und damit in die Kategorie der Staatsverbrechen eingegliedert.

Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz wurde die Sabotage wieder in einen selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziel, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der DDR zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft, auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."

In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Bestrafung der "Diversion" in der SBZ (x009/101): >>Begriff aus dem Wirtschaftsstrafrecht, der in sowjetischen Befehlen, vor allem im Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 auftauchte. Definition und Abgrenzung zur Sabotage zunächst unklar.

Nach Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts wurde die Diversion (Begriff aus dem sowjetischen Wirtschaftsstrafrecht) als eine unter Boykotttätze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen.

Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde Diversion zu einem selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, unbrauchbar zu machen oder zu beschädigen, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."

In schweren Fällen ist lebenslängliches Zuchthaus oder Todesstrafe möglich.<<

**Polen:** Der polnische Minister für Nationale Verteidigung erteilt am 3. Dezember 1945 den Befehl Nr. 306 betreffend die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Polen und in den Wiedererworbenen Gebieten (x003/116-117): >>Die Verbreitung des Bandentums im Land verringert sich nicht, sondern wächst sogar in einigen Landesteilen. ...

Wir müssen erreichen, daß jeder Bürger sichere und ruhige Arbeitsverhältnisse sowie die Garantie der persönlichen Sicherheit genießt, daher müssen die verbrecherischen Elemente im ganzen Land so schnell wie möglich ausgerottet werden. ...

Zu diesem Zweck erteile ich folgenden Befehl:



1. Jeder Befehlshaber eines Wehrbezirks nimmt unverzüglich eine Abgrenzung der Gebietsteile vor, für welche die einzelnen Garnisons- und Abteilungskommandeure verantwortlich sind.
2. Jeder Garnisons- bzw. Abteilungskommandeur ist mit den zivilen Behörden für die Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb seines Gebietes mitverantwortlich und nimmt aktiven Anteil an der Bekämpfung des Bandentums; hierbei arbeitet er mit den Vertretern der Bürgermiliz und des Sicherheitsapparates seines Gebietes eng zusammen.
3. Im Einvernehmen mit diesen Behörden sind oft, jedoch unerwartet, Kontrollpatrouillen auf allen Wegen und Straßen zu unternehmen. Darüber hinaus sind gemeinsam mit der Bürgermiliz und mit den Organen der Öffentlichen Sicherheit Kontrollpatrouillen zu organisieren. Verdächtige Personen sind festzunehmen und den Sicherheitsbehörden zu übergeben.
4. Auf Wunsch der Organe der Miliz und der Sicherheitsorgane ist jede Militäreinheit verpflichtet, sofortige und ausreichende Hilfe bei der Bekämpfung von Banditen zu leisten. ...
5. Wenn sich Banden im Gebiet einer Garnison oder Abteilung zeigen sollten, sind die Banditen sofort aus eigener Initiative bis zur endgültigen Vernichtung oder Zerspaltung zu verfolgen.
6. Der Garnisonskommandeur ist persönlich für die Disziplin der Truppen seiner Garnison verantwortlich. Dasselbe gilt für die Kommandeure selbständiger Abteilungen. Außer den normalen Mitteln zur Erhaltung der Disziplin sind in den Einheiten Nachkontrollen durchzuführen, um festzustellen, ob die einzelnen Soldaten nicht nachts mit der Waffe auf Raub ausgehen; solche Fälle wurden nämlich festgestellt.
7. ... Alle Mißhelligkeiten zwischen dem Militär und der Miliz sowie dem Sicherheitsapparat sind so schnell wie möglich zu beseitigen.<<

**Großbritannien:** Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

**USA:** Die "United Press" berichtet am 3. Dezember 1945 über eine Intelligenzprüfung der angeklagten Nürnberger Hauptkriegsverbrecher (x114/2.128): >>... Wie der Gefängnispsychologe Dr. Gustave M. Gilbert heute mitteilte, sind sämtliche angeklagten Kriegsverbrecher einer psychologischen Prüfung unterzogen worden, aus der Hjalmar Schacht mit 143 Punkten ... als Erster hervorging und Seyß-Inquart um eine knappe Nasenlänge schlug, während Streicher und Heß ... "gerade noch Durchschnitts-Intelligenz" erhielten.

Seyß-Inquart erhielt 141 Punkte und gelangt damit zusammen mit Schacht in die oberste Intelligenz-Kategorie, die nur ein Prozent der Bevölkerung umfaßt; Streicher dagegen wurde mit nur 106 Punkten kreditiert, und der Psychologe beschreibt ihn als "fast in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich, ausgenommen hinsichtlich einer gewissen Redegewandtheit ..."

Die übrigen Angeklagten erreichten folgende Punktzahlen: Göring und Dönitz jeder 138; von Papen 134; Franz, Fritzsche und von Schirach je 130; von Ribbentrop und Keitel je 129; Speer 128; Jodl und Rosenberg je 127; von Neurath und Frick je 125; Funk 124; Sauckel 118 und Heß "vorläufig" 112.

Dr. Gilbert hat 3 Wochen mit dem eingehenden Studium der Persönlichkeiten der Angeklagten verbracht.

Wie er berichtete, gratulierte er Göring zu dessen Intelligenzresultat, worauf der Ex-Reichsmarschall wie ein verzogenes Kind strahlte, ... sich ein paarmal kichernd auf den Schenkel

schlug und ausrief: "Kommen Sie, geben Sie mir noch eine Chance!" ...<<

#### **04.12.1945**

**Frankreich:** Das französische Kabinett verlangt am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

**USA:** Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

#### **05.12.1945**

**WBZ:** Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtet am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Berichte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. Dezember 1945 aus München (x124/66): >>Der erste Eindruck von München: Ein Viertel der Gebäude ist total zerstört, 70 % weisen schwerere bis leichtere Bombenschäden auf. ...

Fremde aus aller Herren Länder überschwemmen die Straßen. UNRRA, angeblich die mächtigste Organisation hierzulande, beschlagnahmt für sie in Siedlungen und Kolonien immer aufs neue Wohnungen. Die Mehrzahl der Schutzbefohlenen sind Osteuropäer, die es hier unter amerikanischer Ägide nun ganz behaglich finden und nicht daran denken, die plötzlichen Privilegien gegen das harte Leben daheim einzutauschen. ...<<

**CSR:** Ein Redakteur der "Rude Pravo" erläutert am 5. Dezember 1945 die Registrierung aller Deutschen, die noch in Freiheit leben (x004/118): >>... Damit es ... manchen Deutschen (nicht) gelinge, aus den Abschubverzeichnissen herauszuschlüpfen, hat das Innenministerium eine schlagartige, karteimäßige Konskription aller Deutschen zum 1. Dezember 1945 angeordnet. ... Es ist die Sache aller Orts- und Bezirksnationalausschüsse, ... aber auch eines jeden von uns, dafür zu sorgen, daß keiner von denen vergessen wird, die im Jahre 1938 so sehnsüchtig riefen: "Wir wollen ins Reich".<<

#### **06.12.1945**

**WBZ:** Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher (1895-1952) erklärt am 6. Dezember 1945 während einer Rede in Göttingen zur deutschen Lage (x111/111): >>... Die Situation nach 1918 kehrt nicht mehr wieder. Es ist überhaupt die große Illusion mancher Leute anzunehmen, wir könnten dort wieder weitermachen, wo wir seinerzeit aufgehört haben. Das gilt für die Welt nicht, das gilt für Deutschland nicht, das gilt nicht für meine Partei und das gilt nicht für niemand anderen. Wir wollen keinen Wiederaufbau. Wir wollen einen Neubau Deutschlands.<<

In der US-Zone hat man bis zum 6. Dezember 1945 bereits 141.070 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entlassen und 117.512 Personen interniert (x111/111).

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

**Jugoslawien:** Die Explosion eines Munitionswagens bei Marburg an der Drau wird kurzerhand als deutscher Sabotageakt ausgelegt. Als Vergeltung werden am 6. Dezember 1945 etwa 200 bis 300 Deutsche, die im Gefängnis interniert sind, erschossen (x010/50).

**07.12.1945**

**WBZ:** Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 7. Dezember 1945 während einer Rede in Göppingen (x111/111): >>... Hinter unserem Sein ist Ohnmacht und Armut ... Aber daß der Gedanke des Reiches auch in der Ohnmacht lebendig bleibe in unseren Seelen, ist die Voraussetzung dafür, daß das Reich wieder werde.<<

**08.12.1945**

**Großbritannien:** Der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

**09.12.1945**

**Großbritannien:** Die britische Regierung lehnt am 9. Dezember 1945 den nordamerikanischen Vorschlag ab, den Verkehr und die Währung der 3 Westzonen zu zentralisieren (x111/111).

**10.12.1945**

**Großbritannien:** "Der Sozialdemokrat" zitiert am 10. Dezember 1945 Karl Kreibich, den Sprecher der sudetendeutschen Kommunisten und späteren CSR-Botschafter in Moskau (x004/103): >>... Kümmert euch nicht darum, wie viele Deutsche endgültig da sein werden, je weniger desto besser.

Eines aber ist unabänderlich; es darf in der Tschechoslowakischen Republik niemals wieder eine organisierte politische Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, politische oder kulturelle Richtung geben. ... Die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein.<<

**11.12.1945**

**WBZ:** Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates bittet die nordamerikanische Militärregierung am 11. Dezember 1945, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).

Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlicht am 11. Dezember 1945 das Programm der CSU (x111/112): >>... Wir wollen und müssen unsere Arbeit in unserer engsten Heimat für diese unsere Heimat beginnen. Wir wollen damit helfen, ein neues Reich zu bauen, das aber, frei vom einseitigen Übergewicht eines Staates, gegliedert ist nach Ländern, die aufbauen auf den deutschen Ständen und in denen unser Land für seine Eigenart entstehen und in dieser sich bewähren kann. Die Verwaltung dieser Länder soll grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen. In diesem Sinne wollen wir bayerisch sein ...

Unser Sammelruf ergeht an alle, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. In diesem Sinne wollen wir christlich sein ...

Wir können uns an alte Wirtschaftsformen nicht binden. Wir müssen allen Forderungen unserer Zeit opferwillig und opferfreudig gegenüberstehen und jeden Weg beschreiten, der die Not unseres Volkes lindern kann. In diesem Sinne wollen wir sozial sein.<<

### **12.12.1945**

**Jugoslawien:** US-Botschafter Patterson telegraphiert am 12. Dezember 1945 aus Belgrad dem nordamerikanischen Außenminister, daß die jugoslawische Regierung angeblich keine Vertreibungen angeordnet hat und sich weigert, Jugoslawien-Deutsche aus Österreich aufzunehmen (x028/225).

**Frankreich:** Außenminister Bidault erklärt am 12. Dezember 1945 während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen kann, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennt (x111/113).

### **13.12.1945**

**WBZ:** Josef Kramer wird am 13. Dezember 1945 in Hameln hingerichtet.

Kramer war seit 1940 Hoeß-Stellvertreter und übernahm ab Dezember 1944 das KZ Bergen-Belsen (bis dahin ein "Privilegierten-Lager").

Ein Zeitzeuge berichtet am 13. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219): >>Heute beginnt die sogenannte Schulspeisung: Jedes Kind erhält in der Schule einen halben Liter Suppe, dazu die Schüler vom 12. Lebensjahr ab ein Brötchen. ...

Um dem Vitaminmangel zu begegnen, werden auch Cebiontabletten verteilt. Zu Weihnachten soll jedes Kind einen Gutschein zum Kauf von einem Pfund Äpfel erhalten.

In den Familien fehlen Kartoffeln und Gemüse fast ganz, Hausbrand ist kaum vorhanden. Die Kinder sind froh, wenigstens in der Schule einige Stunden in geheizten Räumen zu sitzen.

...<<

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 13. Dezember 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet Weekly" über den in Nürnberg angeklagten NS-Judenhetzer Streicher (x046/157): >>Streicher war verantwortlich für den Tod von Millionen von Juden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) schreibt später über Julius Streicher und Ilja Ehrenburg (x046/157): >>... Streicher befand sich 1945/1946 unter den Angeklagten vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, er wurde schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, er, "in seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus verseuchte und das Deutsche Volk zur aktiven Verfolgung der Juden aufhetzte".

"Ein Leitartikel im September 1938", so wird gesagt, "war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen." Streicher habe unmißverständlich zur Vernichtung der Juden aufgerufen.

Wenn er also unter dem Anklagepunkt 4 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist - was ist dann erst von Ehrenburg zu sagen, der über Jahre hinweg "Woche um Woche, Monat um Monat", ja Tag für Tag, die Gedankengänge der Völker der Sowjetunion (und auch der westlichen Länder) mit dem Giftstoff des Antigermanismus verseuchte und zu aktiver Verfolgung und Tötung der Deutschen aufhetzte – und dies nicht in einem abgelegenen Winkelblatt ("DER STÜRMER"), sondern in den führenden Zeitungen der Sowjetunion in höchstoffiziellem Auftrag? Ist Streicher der "Judenhetzer Nr. 1" gewesen, dann erscheint es nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig, Ehrenburg den "Deutschenhetzer Nr. 1" zu nennen. ...<<

### **14.12.1945**

**WBZ:** Der Regierungspräsident von Arnberg berichtet am 14. Dezember 1945 über die Not und Enttäuschung der Bevölkerung in Westfalen (x111/113): >>... Alle Mitarbeit ist zwecklos, wenn nicht die große Wendung eintritt und es als eherne Pflicht anerkannt wird, daß den

deutschen Menschen eine erträgliche Lebensmöglichkeit gegeben wird.<<

In der britischen Zone sind am 14. Dezember 1945 noch 646.000 deutsche Kriegsgefangene interniert, von denen ca. 120.000 ehemalige Soldaten gefährliche Arbeiten (wie z.B. Minenräumungen) ausführen müssen (x111/113).

**USA:** Angesichts der bitteren Kälte und des großen Hungers fordert US-Senator Hawkes am 14. Dezember 1945, daß der nordamerikanische Präsident endlich private Hilfslieferungen nach Westdeutschland erlauben soll (x025/120).

#### **15.12.1945**

**Schweden:** Die letzten deutschen Kriegsgefangenen werden am 15. Dezember 1945 mit Kraftwagen aus dem Krankenhaus Malmö nach Trelleborg gebracht, um sie an die Sowjetunion auszuliefern.

Ein deutscher Kriegsgefangener berichtet später über die Auslieferung der verwundeten Landsler an die Sowjets (x130/198): >>... Im Morgengrauen hielten unsere Kraftwagen im Hafen von Trelleborg. An einer Sperre dicht am Kai erfolgte die "feierliche" Übergabe an die Russen. Wir traten einzeln an einen Beamten des schwedischen Außenministeriums, der an Hand der Registrierungskarte des Internationalen Roten Kreuzes Name und Fotografie des Mannes verglich.

Mit einem "Nu, dawai", zeigte der Russe auf den Laufsteg zum Schiff, wo uns bereits russische Posten in Empfang nahmen. Durch die Ladeluken schlotterten wir in den Rumpf des Schiffes, wo wir uns auf das aus Holzwolle und Decken hergerichtete Lager fallen ließen.

Den 16. Dezember und die Nacht zum 17. Dezember lagen wir noch im Hafen, wo noch laufend Kameraden aus den übrigen Krankenhäusern zugeladen wurden und in den Morgenstunden des 17. Dezember 1945 (es war ein Sonntag) verließen wir den Hafen von Trelleborg und somit schwedisches Territorium. Das war der Abschied von Schweden mit abschließender Seefahrt in ein unbekanntes Schicksal.<<

#### **16.12.1945**

**SBZ:** Die SMAD läßt am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten will.

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Engländer niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

#### **17.12.1945**

**Berlin:** Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

## **18.12.1945**

**SBZ:** Durch SMAD-Befehl Nr. 176 werden am 18. Dezember 1945 Konsumgenossenschaften zugelassen. Diese Konsumgenossenschaften erhalten größere und bessere Warenzuteilungen, um den privaten Einzelhandel zu benachteiligen bzw. auszuschalten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konsumgenossenschaften" in der SBZ (x009/225): >>Am 18.12.1945 wurden durch SMAD-Befehl Nr. 176 die Konsumgenossenschaften wieder zugelassen. Schon damals zeigte sich, durch die bessere Warenzuteilung an Konsumgenossenschaften, die Benachteiligung des privaten Einzelhandels. ... Der Charakter der Konsumgenossenschaften als Einrichtung der organisierten Verbraucherschaft zur verbilligten Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln und Konsumgütern ging verloren. ...

Die Großhandelsfunktion der Konsumgenossenschaften wurde durch den Zusammenschluß des staatlichen und genossenschaftlichen Großhandels unterbunden. Die Konsumgenossenschaften erhielten die Aufgabe, ein geschlossenes System der Landversorgung aufzubauen, gestellt. Hiermit waren Ausbau und Modernisierung der Gaststätten auf dem Lande verbunden. ... Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 14.446 auf 42.075. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1960 3,7 Millionen (21,1 % der Bevölkerung), 56,7 % der Verkaufsstellen befinden sich in ländlichen Gebieten. 1.200 Landgaststätten bestehen.

Bei der Umstellung der Verkaufsstellen auf Selbstbedienung rangieren die Konsumgenossenschaften an erster Stelle vor der HO. Ende 1960 unterhielten die Konsumgenossenschaften 8.648 Selbstbedienungsverkaufsstellen ...<<

**WBZ:** Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragt am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

**Frankreich:** In Frankreich befinden sich am 18. Dezember 1945 noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wird (x111/114).

**Großbritannien:** Das Foreign Office telegraphiert am 18. Dezember 1945 an den britischen Botschafter in Warschau (x028/134): >>... Radio Warschau meldete am 18. Dezember, daß ein Erlaß des Regierungsbevollmächtigten für Westpommern veröffentlicht worden ist, wonach Beschäftigung jeder Art für Deutsche in Stettin verboten ist.

Das klingt kaum vereinbar mit "geregelten und humanen" Maßnahmen für die Umsiedlung. Deutsche in Stettin werden vermutlich entweder gezwungen werden, zu verhungern, wo sie sind, oder sich eilig auf den Weg machen, bevor geeignete Anordnungen für ihre Umsiedlung oder ihre Aufnahme getroffen werden können.

Falls Sie keine Einwände haben, erwähnen Sie bitte diesen Bericht den polnischen Behörden gegenüber und kommentieren sie ihn im oben umrissenen Sinn.<<

## **20.12.1945**

**WBZ:** Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 20. Dezember 1945 aus Bayern (x124/73): >>... Das Barackenlager Hof-Moschendorf wird zur Auffangstelle für 1.000.000 Sudetendeutsche ausgebaut, die in unsere Zone ausgesiedelt werden sollen.

Dafür will man die Polen, Jugoslawen, Madjaren und Italiener heimschicken, die sich in Bayern aufhalten. Den Ausländern wird erlaubt, Gepäck in jeder Menge, auch Möbel, mitzunehmen. ...<<

## **21.12.1945**

**WBZ:** George S. Patton (1885-21.12.1945, ein fähiger Panzergeneral und beliebter nordamerikanischer Armeeführer, der wegen seiner antisowjetischen Einstellung bzw. öffentlichen Kritik abgelöst wurde), stirbt am 21. Dezember 1945 nach einem mysteriösen Verkehrsunfall (Pattons PKW stieß am 9. Dezember 1945 in der Nähe von Mannheim mit einem Militärlast-

wagen zusammen).

Ein Zeitzeuge berichtet am 21. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219):

>>Heute beginnen die Weihnachtsferien. Bei dem schlechten Wetter der letzten Wochen versäumten viele Kinder oft den Unterricht, weil sie keine Schuhe haben. Manche kommen trotz Regen und Kälte in Sandalen, zerrissenen oder geliehenen Schuhen zur Schule. Wenn Geschwister zu verschiedenen Zeiten Unterricht haben, wird oft das gleiche Paar Schuhe von ihnen abwechselnd getragen. ...<<

**Großbritannien:** Nach den Nordamerikanern und Sowjets fordern auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

**USA:** US-Präsident Truman erklärt am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben.

...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).